



Das Land plant anders

Der Landkreis kämpft weiter für eine feste Flussquerung zwischen Darchau und Neu Darchau. Derweil beschließt das Kabinett in Hannover, die Planungsgrundlage zu ändern und favorisiert ein Fährkonzept. » Seite 3

Land nimmt Abstand von Elbbrücke

Landrat kämpft gegen Kehrtwende in Hannover in Sachen Flussquerung zwischen Darchau und Neu Darchau

VON DENNIS THOMAS

Lüneburg/Hannover. Die Niedersächsische Landesregierung nimmt Abstand vom Bau einer Elbbrücke zwischen Darchau und Neu Darchau. Anstatt einer festen Elbquerung zwischen der Gemeinde Amt Neuhaus und dem Landkreis Lüneburg soll künftig ein Fährkonzept im Landesraumordnungsprogramm (LROP) festgeschrieben werden. Lüneburgs Landrat Jens Böther (CDU) ist auf Zinne und hat jetzt einen offenen Brief an Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) geschrieben.

Böther kämpft dafür, an den Brückenplänen festzuhalten. In das gleiche Horn stößt Ina Niederhoff von der Initiative „Mütter machen mobil“, einem Zusammenschluss von mehr als 70 Müttern aus Amt Neuhaus, der eine Mobilitätsgarantie für die Kinder einfordert.

Ende Juni feierte der Landkreis Lüneburg das 30-jährige Jubiläum der Rückgliederung der Gemeinde Amt Neuhaus. Das war und ist seit der Deutschen Wiedervereinigung einmalig, dass eine Gemeinde das Bundesland wechselte. Nur die Elbe verblieb als trennendes Element. Und so dauert auch seit Jahrzehnten das Ringen um den Bau einer Elbbrücke an.

Landkreis stellt sich gegen Landesplanung

Lange steht im Landesraumordnungsprogramm geschrieben: „Die Flussquerung der Elbe bei Darchau/Neu Darchau ist als Brücke im Rahmen einer Regionallösung zu verwirklichen.“ Das soll sich nach einem kürzlichen Beschluss des Landeskabinetts von Ende Juli nun ändern.

In den Sommerferien wurden nun die allgemeinen, zahlreichen Planungsabsichten der Landesregierung zur Änderung des LROP bekanntgegeben. Darunter folgende Änderung: „Anstelle der Brückenlösung zur Flussquerung der Elbe bei Darchau/Neu Darchau“ werde „künftig ein



Die geplante Elbbrücke in Neu Darchau soll der Stabbogenbrücke in Dömitz in der Bauart ähneln.

Foto: Archiv/Ritter

Fährkonzept vorgesehen“, heißt es. Darauf reagiert nun der Landkreis Lüneburg.

„Der Landkreis Lüneburg stellt sich dieser Absicht entschieden entgegen, denn die geplanten Änderungen laufen den Interessen der Menschen an der Elbe zuwider“, heißt es in der Pressemitteilung des Kreises.

Zudem formuliert Landrat Böther in einem offenen Brief an Ministerpräsident Weil: „Der Kreistag des Landkreises Lüneburg hat sich (...) dafür entschieden, eine Brücke zur Anbindung dieses Landkreisteiles zu planen und ist damit auch dem eindeutigen Votum einer Bürgerbefragung im Landkreis Lüneburg gefolgt.“ Ziel sei es deshalb, „die Planungsarbeiten für die Elbbrücke weiterlaufen zu lassen“.

Seit dem Abschluss des Raumordnungsverfahrens durch die Landesplanerische Feststellung im Jahr 2016 hat der Kreis die umfangreichen Planungsunterlagen erstellt. In den nächsten Monaten sollte der Antrag auf Planfeststellung für die Elbbrücke gestellt werden, um das Verfahren offiziell einzuleiten, heißt es. Bislang wurden rund 2,4 Millionen Euro dafür festgeschrieben.

Böther appelliert nun an Weil und die zuständigen Ministerinnen und Minister, bei der vorgesehenen Entscheidung auch im Blick zu haben, „dass durch den Abbruch der Planungen wegen

anderslautenden Zielvorgaben im LROP“ auch ein Schaden in Millionenhöhe für bereits vollzogene Planungsleistungen entstehen würde, an denen sich auch das Land finanziell mit 1,3 Millionen Euro beteiligt hatte.

„Dieses Projekt ist für die Region viel zu wichtig, als es zum Spielball wechselnder Landesregierungen werden zu lassen.“

Jens Böther
Lüneburger Landrat

Böther weiter: „Dieses Projekt ist für die Region viel zu wichtig, als es zum Spielball wechselnder Landesregierungen werden zu lassen.“ Und: „Eines ist sicher: Das Projekt Elbbrücke wird für

die Menschen meines Landkreises erst dann erledigt sein, wenn das Bauwerk gebaut ist.“ Das sieht auch Ina Niederhoff so.

Niederhoff hatte sich bereits anlässlich des 30. Jubiläums der Rückgliederung von Amt Neuhaus im Namen von „Mütter machen mobil“ an die Landesregierung gewandt. In einem Brief an Weil hatte sie unter anderem betont: „Wir wollen eine Mobilitätsgarantie, die es insbesondere unseren Kindern ermöglicht, zügig, zuverlässig, barrierefrei, klimafreundlich und zeitunabhängig über die Elbe zu ihren Schulen, ihren Freunden, zu ihren Vereinen und zu kulturellen Veranstaltungen zu kommen.“ Und das könne am besten mit einer Brücke gelingen und nicht mit einer Fähre, die regelmäßig bei extremem Hoch- oder Niedrigwasser, wegen Eisgang oder Sandbänken wochenlang ausfällt.

Das Land hat keinen unmittelbaren Einfluss

Im Namen der Landesregierung und stellvertretend für Verkehrsminister Olaf Lies antwortete Ralf Köster vom Verkehrsministerium der Mütterinitiative in einem Schreiben, das der LZ in Kopie vorliegt. Darin stellt der Ministeriale heraus, dass die Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg die „Hoheit über das Verfahren“ haben. „Das Land hat also keinen unmittel-

baren Einfluss auf das Projekt.“ Zudem verweist Köster darauf, dass die rot-grüne Landesregierung sich bereits im Koalitionsvertrag darauf geeinigt hatte, dass sie ein Fährkonzept einer Brücke vorziehe. „Die Formulierung des Koalitionsvertrags schließt allerdings nicht aus, dass eine feste Elbquerung durch einen kommunalen Planungsträger realisiert wird.“

Mutter kündigt Protest an

Allerdings lasse sich über die Dauer des Planfeststellungsverfahrens und die Erlangung von Baurecht für die Brücke nur spekulieren. Und erst mit Baurecht könne über eine etwaige Brückenförderung durch das Land entschieden werden.

Auf die nun geplante Änderung des LROP zur Favorisierung eines Fährkonzepts ging der Ministeriumsmitarbeiter aber nicht ein. Mit der Antwort „fühlen wir uns förmlich observiert und nicht ernst genommen“, schreibt Niederhoff in einem zweiten Brief vom 14. August an Weil, mit der Bitte zu intervenieren. Niederhoff zum bisherigen Verlauf: „Das werden wir Mütter im Interesse unserer Kinder und der nachfolgenden Generationen aber nicht mehr hinnehmen, wir werden die Öffentlichkeit über die Vorgehensweise informieren und unseren Protest mit geeigneten Mitteln darstellen.“